



DENIZ DIREKT

Newsletter für Delmenhorst

In der vergangenen Woche fand die letzte Plenarwoche vor der Sommerpause des Landtages statt. Sie begann bereits am Montag mit einer intensiven Fraktionssitzung. Hier haben wir unsere Positionen zu den einzelnen Themen der Plenarwoche, aber auch die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, die Unterrichtsversorgung und die VW-Strafzahlungen diskutiert.

Am Abend habe ich gemeinsam mit der Delmenhorster SPD-Fraktionsvorsitzenden Bettina Oestermann und unserem SPD-Geschäftsführer Moritz Bischoff am Sommerfest der Landtagsfraktion teilgenommen. Ein schöner Anlass, sich mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Landes-SPD auszutauschen.



Eine Debatte, die uns jetzt seit der Wahl im vergangenen Herbst begleitet, haben wir am Dienstag endlich zum Abschluss bringen können. Ab diesem Jahr ist der Reformationstag am 31. Oktober ein neuer gesetzlicher Feiertag. Nach langen, kontrovers und sehr emotional geführten Diskussionen, stimmten 100 Abgeordnete für diesen neuen Feiertag. Trotz Aufhebung der Fraktionsdisziplin, stimmten am Ende alle SPD-Abgeordneten für diesen Vorschlag. Auch vor dem Hintergrund, dass Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen den 31. Oktober bereits als Feiertag beschlossen haben, macht dieser Tag in meinen Augen am meisten Sinn. Wir halten damit bereits in diesem Jahr eines unserer zentralen Wahlkampfversprechen ein.

Die Digitalisierung ist wohl unumstritten eine unserer größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Damit die Digitalisierung in Niedersachsen funktioniert und die Wirtschaft und Gesellschaft von ihr profitiert, muss die notwendige Infrastruktur schnellstmöglich geschaffen werden. Hierzu zählen zum Beispiel der beschleunigte Breitbandausbau oder der Lückenschluss des Mobilfunks. Wir haben deshalb das Land aufgefordert, eine Milliarde Euro an Landesmitteln bis 2022 für die Digitalisierung und die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens bereitzustellen.

DENIZ DIREKT

Newsletter für Delmenhorst

Am Donnerstag habe ich endlich meine erste Rede vor dem Niedersächsischen Landtag gehalten. Anlass war die sogenannte *Aktuelle Stunde* der AfD-Fraktion mit dem Titel "DiTiB-Imame, Kindersoldaten, Parteiwechsel - Droht Niedersachsen die „Erdoganisierung“?" Mit der aktuellen Stunde versucht die AfD-Fraktion im Landtag Einzelfälle zu instrumentalisieren, um gegen Menschen mit ausländischer Herkunft zu hetzen. In meiner Gegenrede machte ich deutlich, dass die demokratischen Fraktionen im Landtag dies nicht zulassen werden. Wer Menschen mit ausländischen Wurzeln als „Passdeutsch“ bezeichnet, beleidigt rund 19 Millionen Deutsche, die einen Migrationshintergrund haben.



Verantwortungsvolle Politik spricht selbstverständlich auch Unangenehmes an und thematisiert Probleme; der AfD-Fraktion aber geht es mehr darum, Ängste zu schüren und unser Niedersachsen in einem düsteren Licht erscheinen zu lassen. Das lassen wir nicht zu!

Am Mittwoch hat mich eine Besuchergruppe aus Delmenhorst im Landtag in Hannover besucht. Zunächst gab es eine kurze Einführung über die Historie des Leineschlusses und die Arbeit der Abgeordneten. Anschließend konnten die Besucher auf der Tribüne des Plenarsaals die spannende Debatte über die nunmehr beschlossene Reform des niedersächsischen Kindertagesstättengesetzes verfolgen. Eltern in Niedersachsen zahlen jetzt kein Geld mehr für die KiTa! Im Anschluss hatten die Besucher die Gelegenheit mit mir über die Landespolitik und natürlich über Delmenhorster Themen zu diskutieren. Die Teilnehmer waren sich über das Gelingen der Fahrt einig, was mich besonders freut. Im Dezember werden wir wieder eine Fahrt organisieren und laden hierzu herzlich ein. Interessierte Delmenhorsterinnen und Delmenhorster können sich telefonisch unter 04221/15 212 19 oder per Mail an bueror@deniz-kurku.de anmelden.



Durch die neue Datenschutzgrundverordnung hat sich der Verteilerkreis des Newsletters DENIZ DIREKT leider verkleinert. Weitere Interessenten können sich unter dem Stichwort „DENIZ DIREKT abonnieren“ an bueror@deniz-kurku.de wenden und eine Erlaubnis erteilen, dass wir sie zur Newsletterübersendung kontaktieren dürfen.